



# **RUSSISCHE EINMISCHUNG UND WO SIE ZU FINDEN IST**



Anton  
Shekhovtsov



# RUSSISCHE EINMISCHUNG UND WO SIE ZU FINDEN IST

Anton  
Shekhovtsov



## Impressum

**Herausgeber:**

European Platform for Democratic Elections  
www.epde.org

**Verantwortlich für den Inhalt:**

Europäischer Austausch gGmbH  
Erkelenzdam 59  
10999 Berlin

**Vertreten durch:**

Stefanie Schiffer

EPDE wird gefördert durch die Europäische Union



und das Auswärtige Amt.



Auswärtiges Amt

Die hier veröffentlichten Inhalte entsprechen nicht notwendigerweise den Ansichten der Förderer.

# Inhalt

Einleitung	4
Die französischen Präsidentschaftswahlen	6
Die norwegischen Parlamentswahlen	10
Die Bundestagswahlen in Deutschland	13
Die österreichischen Parlamentswahlen	18
Die italienischen Parlamentswahlen	22
Die Parlamentswahlen in Ungarn	26
Die schwedischen Parlamentswahlen	30
Schlussfolgerungen	33

# Einleitung

Nach 2016, als sich russische Trolle und Hacker in die US-Präsidentchaftswahlen<sup>1</sup> (und wohl auch in das Brexit-Referendum<sup>2</sup>) eingemischt haben, ist in den Mainstream-Medien die Vorstellung von einer russischen Einmischung immer mehr zur Routine geworden. Und je mehr Informationen Facebook und Twitter darüber freigeben, wie russische Akteure ihre Dienste missbraucht haben, je mehr Details Robert Muellers Untersuchungen ans Tageslicht bringen,<sup>3</sup> umso axiomatischer und mystischer wurde die Vorstellung von russischer Einflussnahme. Heute würden es nur wenige wagen, diese „neue Normalität“ in Frage zu stellen: Es gilt als sicher, dass Russland sich in westliche Wahlen einmischt.

Allerdings ist jeder Fall russischer Einmischung ein besonderer und eher das Gegenteil von Routine. Jeder Fall besteht aus einem Zusammentreffen einzigartiger Bedingungen, die sich aus einer Reihe von Faktoren ergeben und die jeweiligen

- 1 Scott Shane, Vinu Goel: “Fake Russian Facebook Accounts Bought \$100,000 in Political Ads”, *The New York Times*, 6. September 2017, <https://www.nytimes.com/2017/09/06/technology/facebook-russian-political-ads.html>; Martin Matishak: “What We Know about Russia’s Election Hacking”, *Politico*, 18. Juli 2018, <https://www.politico.com/story/2018/07/18/russia-election-hacking-trump-putin-698087>; Scott Shane, Sheera Frenkel: “Russian 2016 Influence Operation Targeted African-Americans on Social Media”, *The New York Times*, 17. Dezember 2018, <https://www.nytimes.com/2018/12/17/us/politics/russia-2016-influence-campaign.html>.
- 2 Carole Cadwalladr, Peter Jukes: “Revealed: Leave EU Campaign Met Russian Officials as Many as 11 Times”, *The Guardian*, 8. Juli 2018; Manuel Roig-Franzia, Rosalind S. Helderman, William Booth, Tom Hamburger: “How the ‘Bad Boys of Brexit’ Forged Ties with Russia and the Trump Campaign – and Came under Investigators’ Scrutiny”, *The Washington Post*, 28. Juni 2018, [https://www.washingtonpost.com/politics/how-the-bad-boys-of-brexit-forged-ties-with-russia-and-the-trump-campaign--and-came-under-investigators-scrutiny/2018/06/28/6e3a5e9c-7656-11e8-b4b7-308400242c2e\\_story.html](https://www.washingtonpost.com/politics/how-the-bad-boys-of-brexit-forged-ties-with-russia-and-the-trump-campaign--and-came-under-investigators-scrutiny/2018/06/28/6e3a5e9c-7656-11e8-b4b7-308400242c2e_story.html); Matthew Field, Mike Wright: “Russian Trolls Sent Thousands of Pro-Leave Messages on Day of Brexit Referendum, Twitter Data Reveals”, *The Telegraph*, 17. Oktober 2018, <https://www.telegraph.co.uk/technology/2018/10/17/russian-iranian-twitter-trolls-sent-10-million-tweets-fake-news/>.
- 3 William P. Barr: “Letter to Congress Detailing Robert Mueller’s Findings in the Russia Investigation”, <https://www.documentcloud.org/documents/5779699-Letter-to-Congress-detailing-Robert-Mueller-s.html>.

Realitäten in den Ländern des Westens wie auch in Russland widerspiegeln. Meiner Ansicht nach sollten bei einer Untersuchung russischer Einflussnahme vornehmlich folgende fünf Faktoren berücksichtigt werden:

- Putins Regime ist mit der in einem westlichen Land X vorherrschenden Haltung gegenüber Russland unzufrieden;
- Es gibt im Land X hinreichend bedeutsame politische Kräfte, die zu einer Zusammenarbeit mit kremlfreundlichen russischen Akteuren bereit sind;
- Eine Einmischung in die Wahlen zugunsten bestimmter politischer Kräfte kollidiert nicht mit anderen, nichtpolitischen Interessen des Putin-Regimes in Bezug auf Land X;
- Russland verfügt über die entsprechenden strukturellen und Human-Ressourcen, um in Wahlen im Land X einzugreifen;
- Die politische Kultur in Land X begünstigt eine russische Einflussnahme.

Dieser Artikel erörtert die Wahlen in Frankreich, Norwegen, Deutschland, Österreich, Italien, Ungarn und Schweden in den Jahren 2017 und 2018. Es wird gezeigt, wie die unterschiedlichen Kombinationen der genannten Faktoren hinsichtlich der russischen Einmischung unterschiedliche Ergebnisse erzeugen. Allerdings müssen zunächst drei wichtige Vorbehalte vorangestellt werden. Zum einen bedeutet die Tatsache einer Einmischung in Wahlen nicht, dass dies notwendigerweise auch eine spürbare Auswirkung auf das Wahlergebnis hatte. Zweitens ist Einmischung in Wahlen nicht mit Moskaus allgemeineren Versuchen gleichzusetzen, die politischen Entwicklungen in den europäischen Gesellschaften über Maßnahmen in Bereichen wie Medien/Information, Militär und Wirtschaft zu beeinflussen. Drittens beschränken sich die Belege für die hier vorgelegte Analyse auf öffentlich zugängliche Informationen. Vertrauliche Daten, die den Hauptthesen dieses Berichts widersprechen oder nicht widersprechen könnten, können hier nicht berücksichtigt werden.

# Die französischen Präsidentschaftswahlen

23. April und 7. Mai 2017

Frankreich ist einer der führenden Mitgliedsstaaten der EU. Seine Haltung zu den EU-Sanktionen gegen Russland im Zusammenhang mit der Krim-Annexion und dem Beginn des russisch-ukrainischen Krieges hat weiterhin größtes Gewicht. 2014/15 weigerte sich Frankreich unter Präsident Hollande sogar, Russland zwei Hubschrauberträger der Mistral-Klasse zu liefern, deren Bau Moskau bereits bezahlt hatte.<sup>4</sup> Für Moskau erhielt es oberste Priorität, die Haltung des französischen Establishments zugunsten Putins Russland zu verändern. Im Laufe des Jahres 2016 hatte der Kreml die politischen Entwicklungen in Frankreich intensiv verfolgt. Die Lage erschien günstig für den Kreml. Präsident Hollandes Umfragewerte waren niedrig und er musste schließlich die Idee einer Wiederwahl aufgeben. Die Meinungsumfragen zeigten Ende 2016, dass entweder der Mitte-Rechts-Kandidat François Fillon oder die rechtsextreme Marine Le Pen das Präsidentenamt erringen würden. Die Haltung von Fillon und Le Pen gegenüber Putins Regime war freundlich; beide kritisierten die Sanktionen der EU.<sup>5</sup> Zudem hatte eine russische Bank sogar einen Kredit über neun Millionen Euro für den Wahlkampf von Le Pens Front National bei den Regionalwahlen 2015 zur Verfügung gestellt.<sup>6</sup> Anfang 2017 änderte sich die Situation allerdings, als die Unterstützung für Fillon dramatisch zurückging und der Moskau-Skeptiker Emmanuel Macron (nominiert von seiner zentristischen Bewegung En Marche!) verdrängte in den Umfragen Fillon als Kandidat für den zweiten Wahlgang – zudem

- 4 "Ukraine Crisis: France Halts Warship Delivery to Russia", *BBC*, 3. September 2014, <https://www.bbc.com/news/world-europe-29052599>.
- 5 "France's Fillon Says Russia Sanctions Pointless, Dialogue Needed", *Reuters*, 23. January 2017, <https://www.reuters.com/article/us-france-election-fillon-russia-idUSKBN1571SY>; "France's Marine Le Pen Urges End to Russia Sanctions", *BBC*, 24. März 2017, <https://www.bbc.com/news/world-europe-39375969>.
- 6 Marine Turchi: "Le Front national décroche les millions russes", *Mediapart*, 22. November 2014, [www.mediapart.fr/journal/france/221114/le-front-national-decroche-les-millions-russes](http://www.mediapart.fr/journal/france/221114/le-front-national-decroche-les-millions-russes). Zu Einzelheiten der Beziehungen zwischen Front National und Russland siehe Anton Shekhovtsov: *Russia and the Western Far Right: Tango Noir* (Abingdon: Routledge 2017), S. 189-205.





### François Fillon

© Tobias SCHWARZ / AFP. Bildnachweis: <https://www.europe1.fr/politique/le-micro-parti-de-francois-fillon-continue-dencaisser-des-dons-2967689>

besagten die Umfragen, dass Macron die Wahl gegen Le Pen gewinnen werde. Anders als Ende 2016 sah die Lage für Moskau nun schlecht aus. Der Kreml musste Macron schaden, um entweder Fillon in den zu erwartenden zweiten Wahlgang „zurückzuholen“, in welchem er Le Pen gegenüberstehen würde, oder aber, um Le Pens Sieg gegen Macron sicherzustellen.

Russlands staatlich kontrollierte Medien kamen ins Spiel. RT zog die antisemitische und die Antiglobalisierungs-Karte, indem es über Macrons hochdotierte Position bei der Bank Rothschild & Cie. berichtete, die von der Familie Rothschild kontrolliert wird.<sup>7</sup> Sputnik kombinierte linken Populismus mit Homophobie, als es Nicolas Dhucqs Anschuldigungen verbreitete. Dhucq ist ein rechts-zentristischer Abgeordneter und Vorstandsmitglied der Gesellschaft Französisch-Russischer Dialog. Sein Vorwurf lautete, dass Macron ein „Agent des großen amerikanischen Bankensystems“ sei und von einer „sehr wohlhabenden schwulen Lobby“ gestützt werde.<sup>8</sup> Das französische RT und Sputnik verbreiteten darüber hinaus

7 “Il n’y a pas une culture française’: Macron s’attire les foudres de la droite”, RT, 6. Februar 2017, <https://francais.rt.com/france/33569-il-n-a-pasculture-francaise-macron-attire-foudres-droite>; “Dupont-Aignan soupçonne Macron de conflits d’intérêts et veut qu’il clarifie ‘ses financements’”, RT, 11. February 2017, <https://francais.rt.com/france/33829-dupont-aignan-soupconne-macron-conflitinterets-clarifie-financements>.

8 “Ex-French Economy Minister Macron Could Be ‘US Agent’ Lobbying Banks’ Interests”, Sputnik, 4. Februar 2017, <https://sputniknews.com/analysis/201702041050340451-macron-us-agent-dhucq/>.



### **Marine Le Pen trifft Wladimir Putin in Moskau**

*Bildnachweis: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/54102/photos>*

Behauptungen, dass Julian Assange von der einschlägig bekannten Plattform Wikileaks angeblich über belastendes Material verfüge, das Macron diskreditieren würde (Diese „Materialien“ wurden nie veröffentlicht und haben auch vielleicht nie existiert).<sup>9</sup> Die Wirksamkeit der russischen Medienangriffe gegen Macron ist nur schwer abzuschätzen, doch sanken Mitte Februar 2017 Macrons Umfragewerte um einige Prozentpunkte. Allerdings erholten sie sich bald und stiegen sogar Ende des Monats weiter an.

Im März 2017, einen Monat vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen, besuchte Marine Le Pen Moskau und traf sich mit Wladimir Putin. Es wurde zwar nicht direkt gesagt, doch implizierte das Treffen, dass angesichts einer Situation, in der wohl Le Pen und Macron die zweite Runde bestreiten würden, Le Pen die Kandidatin Moskaus ist. Ende des gleichen Monats unternahm der russische Staat einen weiteren Versuch, die öffentliche Meinung in Frankreich zu beeinflussen: Die französische Version von Sputnik veröffentlichte Ergebnisse einer irreführenden Meinungsumfrage, die ergaben, dass Fillon bei den Wahlen

<sup>9</sup> “Assange: des révélations sur Macron dans les mails de Clinton”, *Sputnik*, 3. Februar 2017, <https://fr.sputniknews.com/international/201702031029930563-wikileaks-revelations-macron/>; “Assange: WikiLeaks a trouvé des informations sur Macron dans des emails de Clinton”, *RT*, 3. Februar 2017, <https://francais.rt.com/france/33403-wikileaks-macron-clinton-email-assange>.

in Führung liegen würde.<sup>10</sup> Diese Ergebnisse standen im Widerspruch zu den Ergebnissen angesehener Meinungsforschungsinstitute, die Fillon korrekterweise auf dem dritten Platz sahen. Das Ganze provozierte sogar eine Warnung durch eine französische Wahlbeobachterorganisation, die erklärte, dass der Bericht von Sputnik mit Vorsicht zu genießen sei – aufgrund des „nicht repräsentativen Charakters“ der Umfrage.<sup>11</sup>

Neben den russischen Medienangriffen wurde Macrons Wahlkampf auch zum Ziel von Cyber-Attacken. Bereits im Februar beschwerte sich Macrons Wahlkampfteam, dass die Internetseite und die Datenbanken Ziel von Hunderten, wenn nicht gar Tausenden Cyber-Attacken waren, die aus verschiedenen Regionen in Russland erfolgt seien.<sup>12</sup> Zwei Tage vor dem zweiten Wahlgang, in dem sich dann Macron und Le Pen gegenüberstanden, tauchte dann auf der anonymen Textsharing-Plattform pastebin.com ein Schwall von neun Gigabyte an E-Mails mit Bezug zu Macrons Wahlkampf auf.<sup>13</sup> Investigativjournalisten haben diese Dateien analysiert und entdeckt, dass einige der geleakten Excel-Dateien mit einer russischen Excel-Version und auf einem russischsprachigen Computer verändert worden waren. Darüber hinaus ist mindestens ein Dokument von einem Nutzer namens Georgij Petrowitsch Roshka verändert worden, der später als ein Offizier der 85. Hauptstelle Sonderdienste des russischen Militärgeheimdienstes GRU identifiziert wurde, die auf Kryptographie spezialisiert ist.<sup>14</sup>

- 10 “Présidentielle 2017: Fillon donné favori selon une étude des réseaux sociaux”, *Sputnik*, 29. März 2017, <https://fr.sputniknews.com/france/201703291030674491-france-presidentielle-etude-des-reseaux-sociaux-fillon/>.
- 11 David Chazan: “French Polling Watchdog Issues Warning after Russian News Report Claims Francois Fillon Regains Lead”, *The Telegraph*, 2. April 2017, <https://www.telegraph.co.uk/news/2017/04/02/french-polling-watchdog-issues-warning-russian-news-report-claims/>.
- 12 “France Condemns Alleged Russian Cyber Attacks Targeting Presidential Candidate Macron”, *France24*, 19. Februar 2017, <https://www.france24.com/en/20170219-france-condemns-cyberattacks-targeting-presidential-candidate-macron-points-russia>.
- 13 Eric Auchard, Bate Felix: “French Candidate Macron Claims Massive Hack as Emails Leaked”, *Reuters*, 6. Mai 2017, <https://www.reuters.com/article/us-france-election-macron-leaks/french-candidate-macron-claims-massive-hack-as-emails-leaked-idUSKBN1812AZ>.
- 14 Roman Dobrokhotov: “Roshka the Bear: How French President’s Mailbox Was Hacked by Russian Intelligence”, *The Insider*, 28. Oktober 2017, <https://theinsider.ru/uncategorized/76960?lang=en>.

# Die norwegischen Parlamentswahlen

11. September 2017

Norwegen ist Mitglied der NATO und des Europäischen Wirtschaftsraumes, aber kein EU-Mitglied, weswegen es die Positionen der gemeinsamen EU-Außenpolitik nicht beeinflussen kann. In Bezug auf Russland folgt Norwegen im Wesentlichen der Linie der EU: Es hat gegen Russland die gleichen Sanktionen verhängt wie die EU. Verabschiedet wurden die Sanktionen von der Minderheitsregierung aus rechts-zentristischer Konservativer Partei und der rechten Fortschrittspartei, die seit 2013 mit Unterstützung der rechts-zentristischen Christdemokraten und den zentristischen Liberalen regiert. Die Meinungsumfragen in den Monaten vor dem Urnengang im September 2017 zeigten, dass die Regierungsparteien einen stabilen Rückhalt genießen, während die Zustimmung für die größte Oppositionspartei, die Arbeiterpartei, leicht zurückging.

Die Arbeiterpartei konnte allerdings als möglicher Verbündeter von Putins Russland nicht einmal in Erwägung gezogen werden: Sie ist pro NATO, pro EU und in Bezug auf das Vorgehen des Kreml höchst kritisch. Überflüssig zu erwähnen, dass sie die Sanktionen gegen Moskau unterstützte. Die Gefühle beruhen auf Gegenseitigkeit: Anfang 2017 registrierte die norwegische Polizei einen Cyber-Angriff auf die Arbeiterpartei, der aus dem Ausland erfolgte und für den schließlich Hacker in Russland verantwortlich gemacht wurden.<sup>15</sup>

Der Kreml hat keine verlässlichen politischen Verbündeten in Norwegen. Potentiell könnte er sich auf die rechtsgerichtete Fortschrittspartei stützen, die in den 1990er Jahren als rechtsextrem gegolten hatte, sich seither aber der politischen Mitte angenähert hat. Einige hochrangige Mitglieder der Fortschrittspartei wie Christian Tybring-Gjedde oder Bengt Rune Strifeldt riefen zu einer Aufhebung der „antirussischen“ Sanktionen, was Moskaus Wünschen entsprach.<sup>16</sup> Die

15 Cathrine Eide, Geir Solaas Moen, Stål Talsnes, Kjell Persen: „Arbeiderpartiet utsatt for fiendtlig hackerangrep“, *TV 2*, 2. Februar 2017, <https://www.tv2.no/nyheter/8902520/>.

16 Atle Staalesen: „Norway’s Rightwing Progress Party Wavers over Russia Sanctions“, *The Barents Observer*, 7. August 2017, <https://thebarentsobserver.com/en/2017/08/norways-rightwing-progress-party-wavers-over-russia-sanctions>.



### **Christian Tybring-Gjedde**

*Bildnachweis: <https://www.aftenbladet.no/lokalt/i/OLPWE/Tybring-Gjedde-Frp-borut-av-regjeringen>*

„Russlandfrage“ bedeutete aber kaum eine Herausforderung, weder hinsichtlich der außenpolitischen Position, die fest in den Händen der russlandskeptischen Konservativen Partei lag (und liegt), noch für den Zusammenhalt der Regierungskoalition, in der die Fortschrittspartei der Juniorpartner war. Darüber hinaus ist die Fortschrittspartei – sehr zum Verdruss des Kreml – eine unerschütterliche Verfechterin der norwegischen NATO-Mitgliedschaft und einer Weiterentwicklung der transatlantischen Beziehungen. Mit anderen Worten: Die Partei ist trotz einer Nähe in einigen Punkten nicht offen für eine Zusammenarbeit mit russischen kremlfreundlichen Akteuren. Sie wird ihre Regierungsbeteiligung nicht wegen der „Russlandfrage“ aufs Spiel setzen.

Am wichtigsten ist jedoch weniger der Umstand, dass Norwegen sich in seinem außenpolitischen Ansatz zu den Sanktionen in einer Linie mit der EU befindet, was Russland ganz erheblich irritiert, sondern eher das aktive Engagement des Landes in der NATO. Und hier ist nichts zu machen: Alle norwegischen Parteien von Bedeutung unterstützen die NATO-Mitgliedschaft. Und ironischerweise ist Jens Stoltenberg – seit 2014 NATO-Generalsekretär – ein Norweger. Hier gibt es

sogar eine doppelte Ironie: Stoltenberg hatte als junges Mitglied der ultralinken Roten Jugend in den 1970er und 1980er Jahren Kontakte zum KGB.<sup>17</sup>

Russland fehlt es zudem an relevanten Instrumenten zur Beeinflussung von Politik und Gesellschaft in Norwegen. Moskau betrieb bis 2014 eine norwegische Version des Radiosenders Stimme Russlands und eine Website. Dann wurde der Rundfunk von Stimme Russlands durch Radio Sputnik ersetzt, während die Website von Stimme Russlands durch die Internetseite von Sputnik International abgelöst wurde. 2015 wurde die norwegische Internetseite von Sputnik gestartet, ein Jahr später allerdings auch wieder eingestellt, ganz wie die dänische, finnische und schwedische Version – sie hatten zu wenig Besucher.<sup>18</sup> Ein norwegisches Programm von RT hat es nie gegeben. Bezeichnenderweise empfahl die russische Botschaft in Oslo, als sie die angeblich russophobe Haltung der norwegischen Mainstream-Medien kritisierte, neben drei russischen Informationsquellen in englischer Sprache (RT, Sputnik und die englische Fassung des Internetauftritts des russischen Außenministeriums) drei ultrarechte norwegische Websites und zwei relativ unbedeutende, aber krenmlfreundliche norwegische Blogs.<sup>19</sup>

Fasst man all diese Faktoren zusammen, so mangelte es Russland sowohl an politischen Verbündeten als auch an medialen Einfluss-Instrumenten, um in die norwegischen Parlamentswahlen 2017 eingreifen zu können.

17 "Kodenavn 'Steklov'", VG, 24. Oktober 2000, <https://www.vg.no/nyheter/innenriks/i/kaJoOj/kodenavn-steklov>.

18 "Russian News Agency Sputnik Closes All Nordic Language Services", *High North News*, 15. März 2016, <https://www.highnorthnews.com/en/russian-news-agency-sputnik-closes-all-nordic-language-services>.

19 Russian Embassy in Norway, "Russland i norske media", *Facebook*, 21. Februar 2018, <https://www.facebook.com/notes/russian-embassy-in-norway/russland-i-norske-media/1578728845581803/>.

# Die Bundestagswahlen in Deutschland

24. September 2017

Deutschland ist wie Frankreich eines der führenden und einflussreichsten Mitglieder der EU. Die Entschlossenheit von Bundeskanzlerin Merkel, die Sanktionen gegen Putins Russland aufrecht zu erhalten, ist einer der wichtigsten Gründe, warum das Regime der Sanktionen noch Bestand hat. So war es keine Überraschung, dass Russland seit 2014, als die ersten Sanktionen in Verbindung mit der Ukraine in Kraft traten, versucht hat, die Entscheidungsprozesse in Deutschland zu beeinflussen.

Moskau hat unter den deutschen Eliten prominente politische Verbündete. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder beispielsweise ist nun als Lobbyist für wirtschaftliche und politische Interessen Russlands tätig. Seit 2006 ist er Aufsichtsratsvorsitzender der Nord Stream AG, die sich mehrheitlich im Besitz des russischen Gas-Giganten Gazprom befindet.<sup>20</sup> Im August 2017, nur einen Monat vor den Wahlen, wurde Schröder von Russland als unabhängiger Vorsitzender des Direktorenrates des größten russischen Ölproduzenten Rosneft nominiert – sehr bald nach den Wahlen im September trat er offiziell seinen Posten an. Gegen den Konzern waren bereits westliche Sanktionen in Kraft. Mit der komfortablen Versorgung Schröders verfolgte Russland zwei Ziele: Zum einen sollten in deutschen Wirtschaftskreisen russische Interessen stärker vertreten werden. Zweitens sollten die russlandfreundlichen Gruppierungen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei (SPD), deren Vorsitzender Schröder 1999-2004 gewesen war, gestärkt werden.

Schröder ist wohl der prominenteste Vertreter der sogenannten „Russlandversther“, also von Politikern, die Putins Russland gegenüber freundlich eingestellt sind. Ein weiterer Russlandversther ist Horst Seehofer, zum Zeitpunkt der Wahlen 2017 noch Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union (CSU), der Schwesterpartei der Christlich-Demokratischen Union (CDU), damals noch unter Kanzlerin

20 “Our Shareholders’ Committee”, *Nord Stream*, <https://www.nord-stream.com/about-us/our-shareholders-committee/>.



### Gerhard Schröder bei der Zeremonie zur Amtseinführung von Wladimir Putin

Foto: dpa. Bildnachweis: <https://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland-und-putins-russland-abschied-vom-erbe-gerhard-schroeders/21253198.html>

Angela Merkel. Seehofer hatte 2017, einige Monate vor der Wahl, mit einer sechzigköpfigen Delegation Moskau besucht und sich mit Putin getroffen.<sup>21</sup> Ziel war eine Wiederbelebung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland, die unter den EU-Sanktionen gegen Moskau gelitten hatten.

Da die Russlandversther einen Teil der deutschen Eliten darstellen, sind kremlfreundliche Narrative ein legitimer Bestandteil der vielfältigen politischen Kultur Deutschlands. Hintergrund hierfür ist, dass zwei spezifisch deutsche Traditionen zusammenfielen: Die eine ist ein Schuldbewusstsein gegenüber Russland aufgrund der nationalsozialistischen Verbrechen,<sup>22</sup> die zweite ist die sogenannte Ostpolitik, eine Politik aus der Zeit des Kalten Krieges, die eine Annäherung zwischen Westdeutschland und Ländern Osteuropas anstrebte.<sup>23</sup> Diese Traditionslinien beruhen allerdings auf bestimmten politischen Werten, während dem Wesen der Russlandversther womöglich auch wirtschaftliche Interessen

- 21 Stefan Wagstyl: "Horst Seehofer's Trip to Russia a Challenge to Angela Merkel", *Financial Times*, 15. März 2017, <https://www.ft.com/content/2ca94528-08bc-11e7-97d1-5e720a26771b>.
- 22 Robert Coalson: "Berlin, Moscow, and War Guilt: Why Germany Accommodates Russia", *RFE/RL*, 4. Juni 2014, <https://www.rferl.org/a/berlin-moscow-and-war-guilt-why-germany-accommodates-russia/25409920.html>.
- 23 Jakob Mischke, Andreas Umland: "Germany's New Ostpolitik", *Foreign Affairs*, 9. April 2014, <https://www.foreignaffairs.com/articles/western-europe/2014-04-09/germanys-new-ostpolitik>.



zugrunde liegen. So verwundert es nicht, dass derart viele Russlandversther in Aufsichtsräten deutscher Unternehmen wie E.ON, RWE oder Siemens zu finden sind, die ausgiebig in Russland investiert haben. Deutsche Parteien außerhalb des Mainstreams haben wiederum ihre eigenen Gründe für eine freundliche Haltung gegenüber Putins Regime. Die ultrarechte Alternative für Deutschland (AfD) betrachtet Putin als Verbündeten im Kampf gegen liberale Demokratie und die EU, während die Die Linke von Moskaus Antagonismus gegen NATO und USA entzückt zu sein scheint.

Der Umstand, dass die Russlandversther in einer ganzen Reihe deutscher Parteien zu finden sind, macht es für Moskau schwierig einen Kurs zu steuern, der einigen Parteien schaden und anderen Parteien in unterschiedlicher Form Unterstützung zukommen lassen würde. Diese Schwierigkeiten könnten erklären, warum die russischen Akteure, die 2015 die Systeme des Bundestags gehackt und sensible Daten entwendet hatten,<sup>24</sup> diese nicht veröffentlicht haben, um die Wahlen zu beeinflussen, wie das nach den Leaks in Bezug auf Clinton und Macron zu erwarten gewesen war. Eine Veröffentlichung der entwendeten Bundestagsdaten hätte die Russlandversther direkt oder indirekt beschädigen und somit Moskau entfremden können. Angesichts der als widrig wahrgenommenen Haltung der deutschen Regierung, die 2013 von CDU/CSU und SPD gebildet wurde, versuchten russische Akteure gleichwohl, in die Wahlen einzugreifen, auch wenn sie vom Umfang der Einflussmaßnahmen her nur eingeschränkte Möglichkeiten hatten.

Meinungsumfragen im Vorfeld der Wahlen deuteten darauf hin, dass sechs politische Kräfte in den neuen Bundestag einziehen würden: CDU/CSU, SPD, AfD, die Freie Demokratische Partei (FDP), Die Linke und die Grünen. Die Grünen galten als die Partei, die Putins Russland gegenüber am wenigsten freundlich eingestellt waren. Die AfD und die Linke wurden als am stärksten russlandfreundlich eingeschätzt, während die FDP – die zwar der Ideologie nach liberal und proatlantisch ist – in Wirklichkeit mit der außenpolitischen Plattform der Russlandversther liebäugelte.<sup>25</sup>

Viele Experten sagten (zu Unrecht) voraus, dass nach den Wahlen CDU/CSU, FDP und die Grünen eine sogenannte Jamaica-Koalition bilden würden.<sup>26</sup> Eine solche Regierung würde – trotz des kremlfreundlichen Flirts der FDP – den außenpolitischen Interessen des Kreml zuwiderlaufen, da sie Merkels Entschlossenheit, die

24 Patrick Beuth, Kai Biermann, Martin Klingst, Holger Stark: "Merkel and the Fancy Bear", *Zeit Online*, 12. Mai 2017, <https://www.zeit.de/digital/2017-05/cyberattack-bundestag-angela-merkel-fancy-bear-hacker-russia>.

25 "Germany's FDP Urges New Approach to Russia's Annexation of Crimea", *Reuters*, 5. August 2017, <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-germany-party/germanys-fdp-urges-new-approach-to-russias-annexation-of-crimea-idUSKBN1AL0IR>.

26 Philip Oltermann: "German Coalition Talks Collapse after Deadlock on Migration and Energy", *The Guardian*, 20. November 2017, <https://www.theguardian.com/world/2017/nov/19/german-coalition-talks-close-to-collapse-angela-merkel>.

Sanktionen gegen Moskau aufrechtzuhalten, mit der harschen Kritik der Grünen an Putins illiberalem Regime verbinden würde.

Die Strategie, die kremelfreundliche russische Akteure in den Monaten vor der Wahl einzusetzen, war folgende: Merkel und ihre Regierung angreifen<sup>27</sup>, die AfD und die Linke fördern, gleichzeitig aber übermäßiges Bashing von CDU/CSU und SPD vermeiden.

Merkel anzugreifen und AfD sowie die Linke zu unterstützen war eine leichte Aufgabe: Nach Merkels umstrittener Entscheidung, in der Flüchtlingskrise von 2015/16 die Grenzen Deutschlands für über eine Million Flüchtende zu öffnen<sup>28</sup>, war sie zu einem bequemen Ziel für Konservative und Ultrarechte geworden. Also veröffentlichten die deutschen Versionen von RT und insbesondere Sputnik massiv Berichte, die gegen Immigranten und Geflüchtete gerichtet waren, Merkel angriffen und gleichzeitig für die AfD förderlich waren. Kremelfreundliche Bots verstärkten die Verbreitung dieser Geschichten in den sozialen Netzen.<sup>29</sup> Neben den nativistischen Narrativen sendeten die russischen Staatsmedien und kremelfreundlichen Bots die massive Botschaft, dass die AfD wohl ein Opfer von Wahlbetrug werden würde. Die erste Welle dieser Anschuldigungen erfolgte im Mai 2017, die zweite im September des gleichen Jahres. Im Zusammenhang mit der zweiten Welle sorgten russische und westliche ultrarechte Nutzer für einen Twitter-Sturm unter dem Hashtag #wahlbetrug und unterstellten damit, dass die anstehenden Wahlen von den etablierten Parteien manipuliert und gefälscht werden würden. Einige russische Stakeholder versuchten zudem, eine Finanzierung und mediale Unterstützung für einzelne AfD-Mitglieder zu gewährleisten, die für den Bundestag kandidierten: Recherchen von Journalisten förderten zutage, dass einige Monate vor den Wahlen der Präsidentialadministration in Moskau der Plan vorgelegt wurde, den kremelfreundlichen AfD-Kandidaten Markus Frohnmair zu unterstützen.<sup>30</sup>

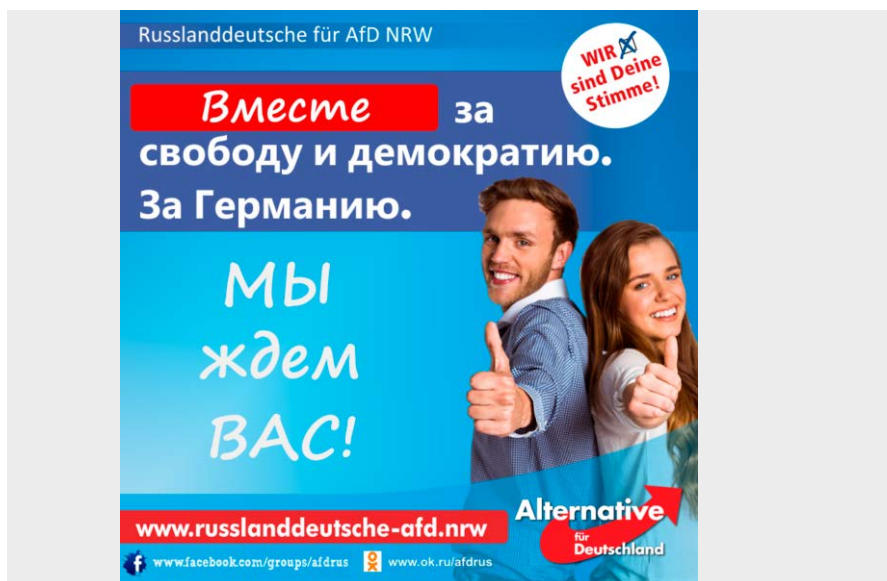
Darüber hinaus halfen russischsprachige Medien wie der Erste Kanal, RTR-Planeta TV und RIA Nowosti der AfD dabei, Russlanddeutsche, also ethnische Deutsche, die in der Sowjetunion geboren sind und dort gelebt hatten, dann aber nach Deutschland gezogen sind, zu mobilisieren. Eine weitere Zielgruppe waren

27 "Merkel's Refugee Policy Divides Europe", *Spiegel*, 21. September 2015, <http://www.spiegel.de/international/germany/refugee-policy-of-chancellor-merkel-divides-europe-a-1053603.html>.

28 Anne Applebaum, Peter Pomerantsev, Melanie Smith, Chloe Colliver, "Make Germany Great Again": *Kremlin, Alt-Right and International Influences in the 2017 German Elections* (London: ISD, 2017), <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2017/12/Make-Germany-Great-Again-ENG-061217.pdf>.

29 "Russisches 'Bot'-Netzwerk verbreitet Beiträge von AfD-Unterstützern", *Focus*, 24. September 2017, [https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl\\_2017/bundestagswahl-analyse-hunderte-fake-twitter-profile-verbreiten-beitraege-von-afd-unterstuetzern\\_id\\_7631486.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl_2017/bundestagswahl-analyse-hunderte-fake-twitter-profile-verbreiten-beitraege-von-afd-unterstuetzern_id_7631486.html).

30 Melanie Amann *et al.*, "Wie Putin die AfD für seine Zwecke benutzt", *Spiegel*, 5. April 2019, <https://www.spiegel.de/plus/wie-putin-die-afd-fuer-seine-zwecke-missbraucht-a-00000000-0002-0001-0000-000163279501>.



### Die AfD versucht, Russlanddeutsche zu mobilisieren

Bildnachweis: <https://russlanddeutsche-afd-nrw.ru/news/2016/07/russlanddeutsche-fuer-afd-nrw/>

nichtdeutsche russischsprachige Immigranten, die mittlerweile die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hatten. Die AfD war im Grunde die einzige deutsche Partei, die Russlanddeutsche gezielt anzusprechen versuchte. Nach unterschiedlichen Schätzungen gibt es zwischen 2,5 und 3 Millionen Russlanddeutsche.<sup>31</sup>

Russische Akteure haben es allerdings nicht geschafft, der Partei der Linken zu Vorteilen zu verhelfen. Eine Erklärung könnte darin liegen, dass es an russischen linksgerichteten Medienressourcen für ein internationales Publikum mangelt: RT und Sputnik sind beides eindeutig rechtsgerichtete Medien. Kremelfreundliche Akteure haben ihren eigenen Defiziten jedoch Rechnung getragen: Nur drei Tage nach den Wahlen wurde in Berlin ein neues, linkes Medienprojekt namens Redfish gestartet, das sich als Ableger der Ruptly GmbH herausstellte, die sich wiederum im Besitz von RT befindet.<sup>32</sup> Redfish hat sich wohl von der Popularität von „riot porn“ bei der Ultralinken inspirieren lassen und versucht, ein linkes Publikum vor allem mit dem Thema Polizeigewalt anzusprechen.

- 31 Jürgen Streihammer, „Deutschland: AfD, die Alternatiwa für Russlanddeutsche“, *Die Presse*, 19. September 2017, [https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5288575/Deutschland\\_AfD-die-Alternatiwa-fuer-Russlanddeutsche](https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5288575/Deutschland_AfD-die-Alternatiwa-fuer-Russlanddeutsche).
- 32 Jan-Henrik Wiebe, Russlands heimliche Medienzentrale in Europa, *t-online*, 16. November 2018, [https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id\\_84584050/mitten-in-berlin-russlands-heimliche-medienzentrale-in-europa.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_84584050/mitten-in-berlin-russlands-heimliche-medienzentrale-in-europa.html).

# Die österreichischen Parlamentswahlen

15. Oktober 2017

Österreich ist seit 1995 Mitglied der Europäischen Union, jedoch kein Mitglied der NATO: Der militärisch neutrale Status („immerwährende Neutralität“) ist in der Verfassung des Landes verankert. Die Außenbeziehungen des Landes nach dem EU-Beitritt lassen sich am besten verstehen, wenn die politischen und die ökonomischen Aspekte unterschieden werden. Der politische Aspekt befindet sich in einer Linie mit der deutschen Außenpolitik. Allerdings hält Österreich den ökonomischen Aspekt für wichtiger als den politischen und das Land ist in diesem Bereich weiterhin vollkommen eigenständig. Das spiegelt sich etwa in den florierenden Wirtschaftsbeziehungen wider, die Österreich mit der Sowjetunion unterhielt: 1968 war es das erste westliche Land, das sowjetisches Gas importierte – der Gasvertrag mit den Sowjets machte Österreich zu einem Schlüsselland für das europäische Erdgasnetz.<sup>33</sup>

Österreich unterstützte 2014 die Verhängung von EU-Sanktionen gegen Putins Russland. In der Regierung saßen seinerzeit die beiden traditionell großen Parteien, die rechts-zentristische Österreichische Volkspartei (ÖVP) und die links-zentristische Sozialdemokratische Partei (SPÖ). Die Unterscheidung in politische und ökonomische Aspekte der Außenpolitik manifestierte sich auch in den Ansätzen, die die Regierung gegenüber Russland verfolgte: Man stand hinter den Sanktionen, würde aber jede Gelegenheit nutzen, zu einem business as usual mit Russland zurückzukehren, da hochrangige Vertreter beider Parteien Verbindungen zu Unternehmen unterhalten, die mit Russland kooperieren (z.B. der österreichische Öl- und Gaskonzern OMV oder die Raiffeisenbank International). Darüber hinaus haben beide großen politischen Kräfte – wie in Deutschland – Russland-Versteher in ihren Reihen. Zu nennen wären hier der ehemalige Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ), der Mitglied im Aufsichtsrat des kremlfreundlichen

33 “50th Anniversary of the Gas Supply Contract”, *OMV*, 1. Juni 2018, <https://www.omv.com/en/blog/50th-anniversary-of-the-gas-supply-contract>.



**Alfred Gusenbauer spricht auf einer Veranstaltung  
des Thinktanks Dialog der Zivilisationen, der von  
Wladimir Jakunin gegründet wurde**

*Bildnachweis: <https://doc-research.org/our-events/lecture-dr-alfred-gusenbauer-world-crossroads-decisive-shifts-international-policies/>*

Thinktanks Dialog der Zivilisationen ist,<sup>34</sup> sowie der ehemalige Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP), der 2016 mit dem Freundschafts-Orden der Russischen Föderation geehrt wurde.<sup>35</sup> Allerdings sind die Russlandversteher sowohl in der ÖVP, wie auch in der SPÖ immer noch in der Minderheit.

Gleiches lässt sich jedoch nicht von der dritten großen Partei in Österreich sagen, der rechtsgerichteten Freiheitlichen Partei (FPÖ), die in ihren außenpolitischen Positionen spätestens seit 2008 offen kremlfreundlich ist und sich 2014 gegen alle Sanktionen gegen Russland gewandt hatte. Die Partei findet Putins rechtes, autoritäres Regime politisch attraktiv und hat sogar im Dezember 2016 ein

34 Simone Brunner, "Der lange Schatten nach Moskau", *Wiener Zeitung*, 5. April 2017, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/884082-Der-lange-Schatten-nach-Moskau.html>.

35 Eduard Steiner, "Siegfried Wolfs russische Mission", *Die Presse*, 16. Februar 2016, <https://diepresse.com/home/wirtschaft/international/4926536/Siegfried-Wolfs-russische-Mission>.



**Heinz-Christian Strache, Chef der Freiheitlichen Partei Österreichs, nach der Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens mit Einiges Russland**

*Bildnachweis: <https://www.youtube.com/watch?v=fdlZi8QDSjM>*

Koordinations- und Kooperationsabkommen mit der russischen Regierungspartei Einiges Russland abgeschlossen.<sup>36</sup>

Zu Beginn des Wahljahres lag die FPÖ in den Umfragen vorn, gefolgt von der SPÖ und der ÖVP. Als der populäre Außenminister Sebastian Kurz im Mai 2017 an die Spitze der ÖVP rückte, setzte sich die Partei umgehend an die Spitze der Umfragewerte. Kurz, der für seine harte Haltung gegenüber Immigranten bekannt war<sup>37</sup> – und daher rechts außen eine große Zahl Wähler „stehlen“ konnte –, war hinsichtlich einer Fortsetzung der Koalition mit der SPÖ zurückhaltend. Für die Zeit nach den Wahlen zog er eine Koalition mit der FPÖ in Betracht.

36 For more details about the relations between the FPÖ and Russia, see Shekhovtsov, *Russia and the Western Far Right*, pp. 164-175.

37 Ralph Atkins, “Austrian Foreign Minister Sebastian Kurz on Migrants and Far Right”, *Financial Times*, 3. November 2016, <https://www.ft.com/content/e9c1897c-8bad-11e6-8cb7-e7ada1d123b1>.

Der Kreml konnte im Grunde entspannt sein: Moskau konnte nicht erwarten, dass Österreich gegen den Konsens innerhalb der EU hinsichtlich des Sanktionsregimes gegen Russland angehen würde. Der Kreml verstand, dass sich nur wenig ändern würde, wenn die ÖVP entweder die Koalition mit der SPÖ fortführen oder aber eine Koalition mit der FPÖ eingehen würde. Unabhängig davon, welche der großen Parteien eine Regierungskoalition bilden, würde Österreich seinen pragmatischen Ansatz gegenüber Russland kaum ändern, und letzteres war mit der bestehenden Situation zufrieden. Die einzige Entwicklung, die Moskau potentiell beunruhigen konnte, war die Möglichkeit einer Koalition aus ÖVP und drei kleineren Parteien – dem zentristischen NEOS, links-zentristischen Liste Peter Pilz und den Grünen –, die Russland gegenüber sehr viel skeptischer waren als die anderen möglichen Koalitionspartner. Eine Koalition aus ÖVP und diesen drei Parteien, die einen an eine hypothetische „Jamaica-Regierung“ in Deutschland erinnert, war allerdings sehr unwahrscheinlich, und russische Akteure unternahmen nichts, um die Wählerunterstützung für diese kleineren Parteien zu zerstreuen. Genauso wenig gab es irgendeine mediale Unterstützung für die ultrarechte und unverhohlenen kremlfreundliche FPÖ, obwohl die deutschsprachigen Versionen von RT und Sputnik zur Verfügung standen, wie auch eine Reihe rechter österreichischer Medien wie *Alles roger?*, *Contra Magazin*, *Info-Direct* oder *Wochenblick*, die froh wären, dem österreichischen Publikum Moskaus Narrative zu vermitteln.

# Die italienischen Parlamentswahlen

4. März 2018

Wie Österreich unterhielt auch Italien während des Kalten Krieges gute Beziehungen zur Sowjetunion. Österreich hatte 1968 begonnen sowjetisches Erdgas zu importieren, und der italienische Öl- und Gaskonzern Eni unterzeichnete im folgenden Jahr ein Abkommen über den Import von sowjetischem Erdgas, wobei bereits 1960 ein sowjetisch-italienischer Vertrag über den Import von sowjetischem Erdöl abgeschlossen worden war. Ungeachtet des Umstandes, dass Italien und die Sowjetunion sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf verschiedenen Seiten der Barrikade befanden, hatte Moskau erheblichen Einfluss auf die italienische Politik ausgeübt, und zwar über die Italienische Kommunistische Partei, während des Kalten Krieges womöglich die stärkste kommunistische Partei im westlichen Block.

Nach dem Ende der Sowjetunion unterhielten Italien und Russland besonders wohlwollende politische und Wirtschaftsbeziehungen. Die politischen Beziehungen sind im 21. Jahrhundert durch die Freundschaft zwischen Putin und dem viermaligen italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi sogar noch stärker geworden. Als die EU 2014 Sanktionen gegen Russland verhängte, war Italien unter Ministerpräsident Matteo Renzi (seinerzeit Chef der links-zentristischen Demokratischen Partei) Russlands zweitgrößter Exportpartner und drittgrößter Importpartner in der EU.<sup>38</sup> Nicht nur Eni, sondern auch andere italienische Großunternehmen wie die Bankengruppe Intesa oder der italienische Ausrüster für die Öl- und Gasindustrie Saipem hatten umfangreiche Verbindungen zu Russland.<sup>39</sup> Somit war die zögerliche Haltung, sich den EU-Sanktionen gegen Russland

38 "Where Does Russia Export to? (2014)", *The Observatory of Economic Complexity*, [https://atlas.media.mit.edu/en/visualize/tree\\_map/hs92/export/rus/show/all/2014/](https://atlas.media.mit.edu/en/visualize/tree_map/hs92/export/rus/show/all/2014/); "Where Does Russia Import from? (2014)", *The Observatory of Economic Complexity*, [https://atlas.media.mit.edu/en/visualize/tree\\_map/hs92/import/rus/show/all/2014/](https://atlas.media.mit.edu/en/visualize/tree_map/hs92/import/rus/show/all/2014/).

39 Henry Foy, Rachel Sanderson, James Politi, "The Ties that Bind Italy and Russia", *Financial Times*, 29. Oktober 2017, <https://www.ft.com/content/ffbe03c0-b976-11e7-8c12-5661783e5589>.





### **Silvio Berlusconi und Wladimir Putin auf der von Russland annektierten Krim**

*Bildnachweis: <http://kremlin.ru/events/president/news/50267/photos>*

anzuschließen, wenig überraschend.<sup>40</sup> Und es war offensichtlich, dass sich das Land eher aus Solidarität mit den europäischen Partnern dem Sanktionsregime anschloss, denn aufgrund einer Wahrung bestimmter politischen Werte.

Zum Zeitpunkt der italienischen Parlamentswahlen 2018 war die Popularität von Renzis Demokratischer Partei wegen der Flüchtlingskrise und der Niederlage bei dem von Renzi initiierten Verfassungsreferendum dramatisch gesunken.<sup>41</sup> Der massive Zustrom außereuropäischer Geflüchteter nach Italien hatte die politischen Debatten im Land geprägt. Das ließ die Unterstützung für vier Parteien anwachsen, die die Fähigkeit der regierenden Demokratischen Partei, die Krise zu bewältigen, höchst kritisch bewerteten: Berlusconis rechts-zentristische Forza Italia, die ultrarechten Lega Nord und Brüder Italiens (FdI) sowie die populistische Fünf-Sterne-Bewegung (M5S).

Darüber hinaus waren die vier Parteien für ihre freundliche Haltung gegenüber Putins Regime bekannt. So hat Berlusconis die Annexion der Krim als eine

40 Rachel Sanderson, Christian Oliver, "Italy Accused of Blocking Tougher Sanctions on Russia", *Financial Times*, 13. Juli 2014, <https://www.ft.com/content/ad743cae-0a8a-11e4-be06-00144feabdc0>.

41 Steve Scherer, Gavin Jones, "Renzi to Resign after Referendum Rout, Leaving Italy in Limbo", *Reuters*, 4. Dezember 2016, <https://www.reuters.com/article/us-italy-referendum-idUSKBN13T019>.



### **Der Chef der Lega Nord, Matteo Salvini (li.), bei der Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens mit Einiges Russland**

Bildnachweis: <https://libmod.de/anton-shekhovtsov-vertraege-mit-einiges-russland-putins-helfer-in-europa/>

„demokratische“ Entwicklung bezeichnet und 2015 zusammen mit Putin sogar in illegaler Weise die Halbinsel besucht.<sup>42</sup> Die M5S hatte die EU-Sanktionen gegen Russland heftig kritisiert und Russlands Narrative von einer „aggressiven“ NATO aufgegriffen.<sup>43</sup> Die Brüder Italiens schworen, die „antirussischen“ Sanktionen wieder aufzuheben und die Partnerschaft mit Russland in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit wiederaufzubauen.<sup>44</sup> Die kremelfreundlichste der vier Parteien war die von Matteo Salvini angeführte Lega Nord. Nicht nur waren Mitglieder der Lega zwischen 2014 und 2017 in zahlreichen Fällen auf die Krim und nach Russland gereist, hatten in Italien und Russland Proteste gegen die Sanktionen organisiert und russische außenpolitische Interessen mit Hilfe des Medienprojektes Kulturverband Lombardei–Russland unterstützt. Die Partei hatte darüber hinaus 2017 ein Koordinations- und Kooperationsabkommen mit Einiges

42 Steve Scherer, “Italy’s Berlusconi Says Crimea Split from Ukraine Was Democratic”, *Reuters*, 27. September 2015, <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-berlusconi-idUSKCNORR0MW20150927>.

43 Jason Horowitz, “Will Russia Meddle in Italy’s Election? It May Not Have to”, *The New York Times*, 1. März 2018, <https://www.nytimes.com/2018/03/01/world/europe/italy-election-russia.html>; “Italy’s Five Star Movement Lambasts NATO Policy toward Russia”, *Sputnik*, 12. März 2018, <https://sputniknews.com/analysis/201803121062445950-five-star-movement-russia-nato/>.

44 “Brothers of Italy: Technocratic Elite Threatens Rome’s Sovereignty, Not Russia”, *Sputnik*, 2. März 2018, <https://sputniknews.com/europe/201803021062164540-italy-russia-elite-rome-sovereignty-threat/>.

Russland geschlossen, das gleiche wie das Abkommen zwischen der ultrarechten FPÖ und Einiges Russland von 2016.<sup>45</sup>

Die italienischsprachige Version von Sputnik scheint 2017 erheblich zur italienischen Diskussion über Migration und Geflüchtete beigetragen zu haben. Die Artikel von Sputnik wurden von einem Heer von Trollen und Bots geteilt und weiterverbreitet. Es gab im italienischen Sputnik in der Zeit unmittelbar vor den Wahlen allerdings keine Zunahme von Beiträgen, die gegen Immigranten oder Geflüchtete gerichtet waren. Moskau schien mit der schrumpfenden Unterstützung für die Demokratischen Partei und dem Aufstieg der Rechten und Populisten zufrieden zu sein. Gleichzeitig spürte es wohl, dass ein Setzen auf eine bestimmte politische Kraft, die die Mitte-links-Regierung herausfordert, ein taktischer Fehler sein würde. Also wurde nichts unternommen, um die gegen das Establishment gerichteten Kräfte (Lega Nord, Brüder Italiens und M5S) gegen die etablierte Forza Italia zu unterstützen, die von Putins Freund Berlusconi angeführt wird.

Zu betonen ist, dass Forza Italia und die Fünf-Sterne-Bewegung selbst erfolgreiche Medienkampagnen gefahren haben. Forza Italia stützte sich dabei – wie zu erwarten – auf Berlusconis Medienimperium. Die M5S nutzte ihre massive Internetpräsenz: Das Internet hatte bereits 2013 bei den Wahlerfolgen der Partei eine überaus große Rolle gespielt.<sup>46</sup> Die Lega Nord nutzte die (sozialen) Medien weniger extensiv, verfolgte aber einen recht kreativen Ansatz beim Online-Wahlkampf: Sie machte viele ihrer Anhänger zu „Selbstbots“ – zu Twitter-Nutzern, die sich bereitfanden, ihre Accounts für ein automatisches Tweeten von Lega Nord-freundlichen Botschaften bereitzustellen –, auch wenn es keine Hinweise gibt, dass diese Strategie Früchte trug.<sup>47</sup> Das erfolgreiche Abschneiden der Lega bei den Wahlen 2018 hat seine Wurzeln anderswo, nämlich im Niedergang der Mitte-Links-Kräfte und in dem fehlenden Vermögen des Mitte-Rechts-Mainstreams (Forza Italia), in der Debatte über Geflüchtete und Immigration die Führung zu übernehmen.

---

45 Shekhovtsov, *Russia and the Western Far Right*, pp. 175-189.

46 Jamie Bartlett, "How Beppe Grillo's Social Media Politics Took Italy by Storm", *The Guardian*, 26. Februar 2013, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2013/feb/26/beppe-grillo-politics-social-media-italy>; Mariangela Sapere, "Beppe Grillo & Italian Internet Politics", *IDG Connect*, 28. August 2014, <https://www.idgconnect.com/idgconnect/analysis-review/1017531/beppe-grillo-italian-internet-politics>.

47 Ben Nimmo, Anna Pellegatta, "#ElectionWatch: Italy's Self-Made Bots: How the Lega's Followers Automate Themselves", *DFRLab*, 25. Januar 2018, <https://medium.com/dfrlab/electionwatch-italys-self-made-bots-200e2e268d0e>.

# Die Parlamentswahlen in Ungarn

8. April 2018

Die ungarische Politik ist seit 2010 von der Fidesz-Partei des derzeitigen Ministerpräsidenten Viktor Orbán dominiert worden. Die Ursprünge von Fidesz liegen in der rechten Mitte des Parteienspektrums, doch ist die Partei seit ihrem Aufstieg zur Macht und dem Gewinn einer verfassungsändernden Mehrheit im Parlament nach rechts außen gerückt.<sup>48</sup> Die Partei von Viktor Orbán war zwar Mitglied der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP), bis ihre Mitgliedschaft im März 2018 ausgesetzt wurde, doch steht sie in ihrer Ideologie und ihrer Politik eher dem ultrarechten Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) nahe, einem politischen Zusammenschluss, der für seine krenlfreundlichen außenpolitischen Positionen bekannt ist.

Fidesz hatte zwar 2015 die verfassungsändernde Mehrheit verloren (eine Parlamentsmehrheit blieb erhalten), doch war es der Partei bereits gelungen, sich das Verfassungsgericht und die Medien gefügig zu machen. Gleichzeitig wurden in vielen Behörden unabhängige Beamte durch Fidesz-treue Funktionäre ersetzt.<sup>49</sup> Anders gesagt: Die Veränderungen, die die Regierung Orbán 2010–2015 vornahm, haben dem Ministerpräsidenten über 2015 hinaus eine nahezu uneingeschränkte Macht gesichert. Ungarn wurde zu einem gekaperten Staat.

Ungarn hat unter Orbán seine Mitgliedschaft in der NATO und der EU zwar nie in Frage gestellt, doch hat die ungarische Führung des Öfteren krenlfreundliche Narrative verbreitet und die EU-Sanktionen gegen Putins Russland heftig kritisiert.<sup>50</sup> Orbáns offensichtliche Annäherung an Russland wurde von einer Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen begleitet. Anfang 2014 schlossen Ungarn und

48 Cas Mudde, "Is Hungary Run by the Radical Right?", *The Washington Post*, 10. August 2015, <https://www.washingtonpost.com/blogs/monkey-cage/wp/2015/08/10/is-hungary-run-by-the-radical-right/>.

49 Anton Shekhovtsov, "Is Transition Reversible? The Case of Central Europe", *Legatum Institute*, Januar 2016, pp. 3-9.

50 "Hungary PM Orbán Condemns EU Sanctions on Russia", *BBC*, 15. August 2014, <https://www.bbc.com/news/world-europe-28801353>.

Russland eine Vereinbarung über den Ausbau des ungarischen Atomkraftwerks Paks.<sup>51</sup> Für dieses Projekt sollte Ungarn von Moskau einen Kredit über 10 Milliarden Euro erhalten; 2015 nahm Orbán die erste Tranche entgegen. Darüber hinaus beschloss Fidesz, alle Unterlagen im Zusammenhang mit dem Atomkraftgeschäft für dreißig Jahre als Geheimsache zu behandeln.<sup>52</sup> Einer der ungarischen Offiziellen, die das Geschäft vorangebracht hatten, ist Ernő Keskeny, seinerzeit stellvertretender Vorsitzender der Ungarisch-russischen zwischenstaatlichen Kommission zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Keskeny ist seit den 1990er Jahren, als er in St. Petersburg lebte, persönlich mit Putin bekannt.<sup>53</sup>

Es wäre allerdings falsch, Orbán als ergebenen Verbündeten Moskaus wahrzunehmen. Mit den Jahren, die seit seinem Machtantritt 2010 vergingen, hat Orbán zunehmend Ambitionen entwickelt und damit begonnen, eine pan-europäische ideologische Alternative zur europäischen liberalen Demokratie voranzutreiben, die auf Populismus, Nativismus und Autoritarismus gründet. Das brachte ihn automatisch in die Nähe des rechten, autoritären Putin-Regimes, das manchem ultrarechten Politiker in Europa als Modell vorschwebt. Das letztendliche Ziel von Orbán ist aber nicht eine Annäherung an Russland, sondern eher seine ideologische Dominanz in Europa, und er nutzt die Zusammenarbeit mit Putins Russland lediglich als Instrument für diese Zwecke.

Gleichzeitig lässt sich wohl schwerlich bestreiten, dass die ungarische Regierung eine Reihe unrühmlicher illiberaler Entwicklungen in Russland nachgeahmt hat. Einer der führenden Universitäten in Russland, der Europäischen Universität in St. Petersburg, wurde 2016 die Lizenz ausgesetzt, was von vielen als politischer Angriff auf die liberalen Traditionen der Universität verstanden wurde. Im darauffolgenden Jahr starteten die ungarischen Behörden ein Verfahren zur „Abschiebung“ der angesehenen Central European University aus Ungarn, die als eine der wichtigsten akademischen Zentren liberaler Ausrichtung im Land galt.<sup>54</sup> 2017 verabschiedete das von Fidesz kontrollierte Parlament ein Gesetz, das NGOs, die eine ausländische Finanzierung erhalten, strenge Restriktionen

51 “Hungary PM to Meet Russia’s Putin, Nuclear Deal Likely”, *Reuters*, 13. Januar 2014, <https://www.reuters.com/article/us-hungary-russia-nuclear/hungary-pm-to-meet-russias-putin-nuclear-deal-likely-idUSBREAOC0PM20140113>.

52 Zoltan Simon, “Orban’s Party to Make Russian Nuclear Deal a 30-Year Secret”, *Bloomberg*, 27. Februar 2015, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2015-02-27/orban-s-party-makes-hungary-russia-nuclear-deal-a-30-year-secret>.

53 “The Man behind the Russian-Hungarian Rapprochement: Ernő Keskeny”, *Hungarian Spectrum*, 24. Februar 2015, <http://hungarianspectrum.org/2015/02/24/the-man-behind-the-russian-hungarian-rapprochement-erno-keskeny/>.

54 “The Central European University Is Moving to Vienna”, *The Economist*, 5. Dezember 2018, <https://www.economist.com/europe/2018/12/05/the-central-european-university-is-moving-to-vienna>



### Viktor Orbán trifft Wladimir Putin in Moskau

Bildnachweis: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/58003/photos>

aufertelegt.<sup>55</sup> Das Gesetz erschien eindeutig wie ein Echo des 2012 verabschiedeten russischen Gesetzes über „ausländische Agenten“. Russland hatte 2015 mit dem Gesetz über „unerwünschte Organisationen“ nachgelegt, durch das unter anderem den Open-Society-Stiftungen von George Soros praktisch die Tätigkeit untersagt wurde. 2017 startete Orbán üble Attacken auf Soros,<sup>56</sup> und die Open Society-Stiftungen mussten 2018 von Budapest nach Berlin umziehen.<sup>57</sup>

Die meisten ungarischen Parteien – vielleicht mit Ausnahme der rechten Jobbik-Partei – teilen Orbáns Begeisterung für kremlfreundliche Narrative nicht. Das spiegelt das tief verwurzelte Misstrauen der Ungarn gegenüber Russland wider. Bis vor kurzem galt Jobbik als ultrarechte Partei, doch seit Fidesz aus der Mitte weit nach rechts gerückt ist und Jobbik buchstäblich die ultranationalistischen Stimmen stahl, unternahm letztere den Versuch, weiter in die Mitte zu rücken, die von Fidesz freigemacht worden war. Die Partei schaffte es, einige radikale Rechtsaußen aus der Partei zu verdrängen. Auch in ihrer außenpolitischen Orientierung war Jobbik die russlandfreundlichste Partei in Russland, doch schwand

55 Krisztina Than, „Civil Organizations in Hungary Brace for Government Crackdown on NGOs“, *Reuters*, 25. April 2018, <https://www.reuters.com/article/us-hungary-orban-ngos/civil-organizations-in-hungary-brace-for-government-crackdown-on-ngos-idUSKBN1HW1ZN>.

56 „The Genesis of Orbán’s Anti-Soros Campaign“, *Hungarian Spectrum*, 15. Januar 2019, <http://hungarianspectrum.org/2019/01/15/the-genesis-of-orbans-anti-soros-campaign/>.

57 „The Open Society Foundations to Close International Operations in Budapest“, *Open Society Foundations*, 15. Mai 2018, <https://www.opensocietyfoundations.org/press-releases/open-society-foundations-close-international-operations-budapest>.



### Die Kampagne gegen Soros in Ungarn

Bildnachweis: <https://www.newsweek.com/why-israels-netanyahu-backing-hungarys-anti-semitic-posters-against-george-634718>

die Faszination für Russland zusammen mit ihrem rechten Radikalismus. Allerdings hatten weder Jobbik, noch die großen links-zentristischen Parteien wie die Ungarische Sozialistische Partei, die Demokratische Koalition oder Politik kann anders sein bei den Parlamentswahlen 2018 Fidesz grundsätzlich herausfordern können: Den Umfragen zufolge würden rund 50 Prozent der Wähler Fidesz unterstützen, während der engste Konkurrent, nämlich Jobbik, bei rund 20 Prozent lag. Die einzige spannende Frage bei den Wahlen war, ob Fidesz eine verfassungsändernde oder nur eine absolute Parlamentsmehrheit erringen würde

Russland hat weder eine ungarischsprachige Version von RT, noch eine von Sputnik. Es hatte zwar bis 2014 einen ungarischen Dienst von Stimme Russlands sowie eine Internetseite gegeben. Als aber durch Russland Radio Sputnik und die Website Sputnik als Ersatz für die Stimme Russlands ins Leben gerufen wurden, fehlte ein ungarischer Dienst. Der offensichtliche Grund hierfür war, dass Viktor Orbán bereits seine eigene Propagandamaschine aufgebaut hatte, zu der populäre Print- und Internetmedien wie 888.hu, Magyar Nemzet, Origó oder Mandiner gehören. Russlands Medien mussten gar nicht ihre ungarischen Versionen wiederaufleben lassen, um die ungarische Öffentlichkeit mit kremlfreundlichen Narrativen, illiberaler Hysterie, Verschwörungstheorien und Fake News „zwangszuernähren“: Die ungarischen staatlich finanzierten und regierungsfreundlichen Medien lieferten selbst viel – und womöglich sogar mehr – von dem allen. Bei den Wahlen war die Situation die gleiche: Moskau war mit Orbáns Wahlaussichten mehr als zufrieden und verspürte kein Bedürfnis, sich in irgendeiner Art einzumischen.

# Die schwedischen Parlamentswahlen

9. September 2018

Schweden ist Mitglied der EU, aber kein NATO-Mitglied. Letzteres beruht auf einer Tradition schwedischer Neutralität, die Anfang des 19. Jahrhunderts entwickelt und von der links-zentristischen Sozialdemokratischen Partei (SAP) fortgeführt worden, die während eines Großteils des 20. Jahrhunderts die Regierung angeführt und während des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Krieges die Neutralität Schwedens – die 2009 aufgegeben wurde – sichergestellt hatte. Die mögliche NATO-Mitgliedschaft bleibt eine Frage, die in Schweden die Gemüter spaltet,<sup>58</sup> auch wenn das Land bei vielen Programmen und Manövern bereits mit der Allianz zusammenarbeitet. Das erfolgt zur großen Verärgerung Russlands, das stets große Anstrengungen unternommen hat, um Schweden (und Finnland) von einem Beitritt zur NATO abzuhalten, und dabei mitunter auf Drohungen zurückgriff.<sup>59</sup>

Schweden hat unter Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt, seinerzeit Chef der rechts-zentristischen Moderaten Sammlungspartei, die Verhängung von EU-Sanktionen gegen Russland unterstützt. Reinfeldt stand an der Spitze einer Koalitionsregierung, zu der auch die anderen wichtigen Mitte-rechts-Parteien wie die Zentrumsparterie, die Liberale Volkspartei und die Christdemokraten gehörten. Das Land behielt seine Unterstützung für die Sanktionen auch unter der Mitte-links-Minderheitsregierung von SAP und den Grünen bei, die die Regierung Reinfeldt im Oktober abgelöst hatte. Diese parteiübergreifende Unterstützung spiegelt Schwedens allgemeine Skepsis gegenüber Russland wieder, die sowohl auf der historischen Jahrhunderte alten militärischen Konkurrenz beruht,

58 Bruce Stokes, "NATO's Image Improves on Both Sides of Atlantic", *Pew Research Center*, 23. Mai 2017, <https://www.pewglobal.org/2017/05/23/natos-image-improves-on-both-sides-of-atlantic/>.

59 "Russia Threatens Counter-measures if Finland and Sweden Join Nato", *Yle*, 25. Juli 2018, [https://yle.fi/uutiset/osasto/news/russia\\_threatens\\_counter-measures\\_if\\_finland\\_and\\_sweden\\_join\\_nato/10321784](https://yle.fi/uutiset/osasto/news/russia_threatens_counter-measures_if_finland_and_sweden_join_nato/10321784).





### **Jimmie Åkesson, Chef der Schweden-Demokraten**

*Bildnachweis: <https://nationalinterest.org/feature/whos-afraid-sweden-democrats-30977>*

wie auch durch die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine genährt wird.

Die einzige größere schwedische Partei, die zu einem gewissen Grad ambivalent Russland gegenübersteht, sind die ultrarechten Schwedendemokraten (SD). Die sind allerdings nicht bereit, mit russischen oder nichtrussischen putinfreundlichen Akteuren zusammenzuarbeiten, um russische außenpolitische Interessen zu befördern. Mehr noch: Die SD lehnen zwar offiziell eine NATO-Mitgliedschaft ab (eine Position, die von Russland nur gutgeheißen werden kann), sie hat sich dennoch nie in irgendeiner substantiellen Art gegen Schwedens Zusammenarbeit mit der Allianz gewandt. Die Schwedendemokraten hatten eine Jugendorganisation, die der Partei nicht nur zu extrem war, sondern auch offen kremlfreundliche Positionen vertrat. Die SD-Führung schloss allerdings 2015 einige wichtige Mitglieder der Jugendorganisation aus ihren Reihen aus. Die ausgeschlossenen Mitglieder gründeten nach Vorbild der AfD ihre eigene Partei, die Alternative für Schweden (Afs), die hinsichtlich ihrer außenpolitischen Positionen als kremlfreundliche Partei bezeichnet werden kann. Allerdings genießt die Afs nur spärliche Unterstützung.

Die Flüchtlingskrise, der Islam und außereuropäische Immigration nach Schweden hatten die schwedische politische Diskussion im Vorfeld der Wahlen beherrscht. Die SD hat von diesen Debatten profitiert, ungeachtet des Umstandes, dass die Mitte-links-Regierung unter Führung von Stefan Löfven von der SAP auf dem Höhepunkt der Krise die schwedische Politik der „offenen Türen“ in

Bezug auf Flüchtende in die EU auf ein Minimum reduzierte.<sup>60</sup> Dem folgte 2016 die Verabschiedung eines höchst restriktiven Gesetzes zum Asyl und der Familienzusammenführung.<sup>61</sup> Zur dieser Zeit waren russische Akteure anscheinend schon von der Abneigung der SD frustriert, die Desinformations- und Propagandanarrative des Kreml nachzuplappern.<sup>62</sup> Die Position der SD war verständlich: Über Jahre hinweg hat die Partei den Prozess einer fast erzwungenen „Mainstreamisierung“ durchlaufen, um ein akzeptabler Partner für eine Koalitionsregierung zu werden. Die SD konnte es nicht wagen, durch die Verfolgung einer moskaufreundlichen Politik andere größere schwedische Parteien, die Russland gegenüber skeptisch sind, vor den Kopf zu stoßen.

In den vergangenen Jahren haben Russlands staatlich kontrollierte internationale Medien Schweden zum Symbol für gescheiterten Multikulturalismus und für die Probleme gemacht, denen die EU gegenübersteht. Russland verfügt aber über keine Medieninstrumente, die in Schweden selbst tätig wären: Es gibt keine schwedische Ausgabe von RT, während die 2015 gestartete schwedische Version von Sputnik nur ein Jahr überdauerte. Die Anzahl der schwedischsprachigen russischen Online-Info-Krieger scheint ebenfalls sehr gering zu sein, wie das wohl auch in Norwegen der Fall ist. Darüber hinaus würden russische oder nichtrussische kremlfreundliche Akteure, die bereit wären in Schweden zu operieren, dort eine höchst feindliche Umgebung vorfinden: Fast 80 Prozent der schwedischen Bevölkerung sehen Russland negativ.<sup>63</sup>

Das schafft im Zusammenspiel mit den realen Problemen der schwedischen Gesellschaft ein für Moskau schmerzliches Paradoxon: Viele Schweden mögen gegen eine NATO-Mitgliedschaft, antiamerikanisch oder gegen die EU eingestellt sein, oder unzufrieden mit der Immigration von Muslimen nach Schweden – das sind sämtlich Phänomene, mit denen der Kreml andere Länder zu kontaminieren versucht, um seine eigene Agenda zu forcieren. Aber sie lassen sich nicht in einem bedeutsamen Maß in kremlfreundliche Positionen übertragen. Daher fuhren die russischen internationalen Medien im Vorfeld der schwedischen Parlamentswahlen einfach damit fort, auf Schweden bezogene Narrative zu verbreiten, die sich gegen Immigranten und Geflüchtete richteten. Sie werden aber kaum gehofft haben, die politischen Entwicklungen im Land beeinflussen zu können.

60 David Crouch, “Sweden Slams Shut Its Open-door Policy towards Refugees”, *The Guardian*, 24. November 2015, <https://www.theguardian.com/world/2015/nov/24/sweden-asylum-seekers-refugees-policy-reversal>.

61 Admir Skodo, “Sweden: By Turns Welcoming and Restrictive in its Immigration Policy”, *Migration Policy Institute*, 6. Dezember 2018, <https://www.migrationpolicy.org/article/sweden-turns-welcoming-and-restrictive-its-immigration-policy>.

62 “True Colors: Nominally Populist Sweden Democrats Help Ratify NATO Deal”, *Sputnik*, 27. Mai 2016, <https://sputniknews.com/europe/201605271040338849-sweden-democrats-nato-deal/>.

63 Margaret Vice, “Publics Worldwide Unfavorable Toward Putin, Russia”, *Pew Research Center*, 16. August 2017, <https://www.pewglobal.org/2017/08/16/publics-worldwide-unfavorable-toward-putin-russia/>.

# Schlussfolgerungen

Im Juli 2018 sendete die russische Botschaft in Kopenhagen einen Tweet, der in schlechtem Englisch einen Artikel kommentierte, der sich mit den Maßnahmen befasste, mit denen sich Dänemark auf eine mögliche russische Einmischung in die dänischen Parlamentswahlen 2019<sup>64</sup> vorbereitet: „Weil es gibt keinen Unterschied bei dem russophoben Ansatz zwischen #DK Regierung und Opposition, macht Einmischung in DK Wahlen keinen Sinn“.<sup>65</sup>

Dass Moskau 2017–2018 in sieben europäischen Ländern seinen Ansatz gegenüber den Wahlprozessen dort revidierte (siehe Tabelle 1), verdeutlicht, dass der Tweet der russischen Botschaft in Dänemark so weit nicht von der Wahrheit entfernt ist. Wenn Russland sich nicht in europäische Wahlen einmischt, so geschieht das aus zwei entgegengesetzten Gründen: Entweder es kann nicht eingreifen, oder es muss nicht eingreifen. Was die russische Botschaft in Dänemark aller Wahrscheinlichkeit implizierte, ist der Umstand, dass Russland zu einer Einmischung in die dänischen Wahlen nicht in der Lage sein werde, weil dazu sowohl die Instrumente fehlten wie auch relevante Verbündete vor Ort.

Die Diskussion zur russischen Einmischung bei Wahlprozessen in europäischen Ländern geht über das Problem des Eingreifens als solches hinaus. Es bringt uns dazu, Fälle einer Erosion liberaler, demokratischer Werte und/oder von Konflikten zwischen politischen und wirtschaftlichen Interessen näher zu untersuchen. Sie wirft aber auch die Frage auf, was liberalen, demokratischen Werten stärker abträglich ist – russische Einmischung in Wahlen oder politische Entwicklungen in europäischen Gesellschaften, die eine russische Einmischung überflüssig und nutzlos machen.

64 Ida Nyegård Espersen, Henrik Jensen, “Danmark forbereder sig på russisk påvirkning”, *Berlingske*, 23 Juli. 2018, <https://www.berlingske.dk/samfund/danmark-forbereder-sig-paa-russisk-paavirkning>.

65 Russische Botschaft, DK, “Since there is no difference in russophobic approach...”, *Twitter*, 24 Juli. 2018, <https://twitter.com/RusEmbDK/status/1021688735677734912>.

**Tabelle 1. (Nicht-)Einmischung des Kreml in die Wahlprozesse in Frankreich (FR), Norwegen (NO), Deutschland (DE), Österreich (AT), Italien (IT), Ungarn (HU) und Schweden (SE) 2017-2018.**

	FR	NO	DE	AT	IT	HU	SE
Zufriedenheit Moskaus mit der Situation	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
Bedeutsame politische Verbündete	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
Kollidierende politische Interessen	Nein	k.A.	Ja	Ja	Ja	Nein	k.A.
Menschliche und strukturelle Ressourcen	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein
Günstige politische Kultur	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
<b>Einmischung in den Wahlprozess</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Nein</b>	<b>Nein</b>	<b>Nein</b>

Wir sehen, dass Moskau in die Wahlen in Österreich, Italien und Ungarn nicht eingreifen musste, weil der Kreml mit der jeweiligen politischen Situation in diesen Ländern zufrieden war: Ihre politische Kultur ist günstig für allgemeinen russischen Einfluss und die politischen Eliten dort glauben an den Vorrang wirtschaftlicher Interessen (und also einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland) vor liberalen, demokratischen Werten. Das macht sie bewusst oder unbewusst zu Verbündeten des Kreml. In Österreich und Italien bestanden Einschränkungen durch das Vorhandensein einer Vielzahl politischer Verbündeter: Eine Annäherung an eine dieser Kräfte hätte logischerweise die anderen Kräfte verstimmt. Das wäre nicht im Sinne des Kreml gewesen.

Die gleichen Beschränkungen bestanden auch in Deutschland, allerdings war der Kreml hier – im Unterschied zu den erwähnten drei Ländern – mit der Situation in Deutschland nicht zufrieden und wollte die Haltung Berlins gegenüber Moskau verändern. Diese Einschränkungen verhinderten, dass russische Akteure eine bestimmte Kraft in vollem Maße unterstützten. In Frankreich hingegen gab es keine kollidierenden politischen Interessen und Moskau unterstützte – auch wenn es mit dem zu erwartenden Ausgang der Präsidentschaftswahlen unzufrieden war – mit voller Kraft eine der Präsidentschaftskandidaten.

Ein vollkommen anderes Bild war in Norwegen und Schweden zu beobachten: Der Kreml war mit der Haltung von Oslo, wie auch mit der von Stockholm gegenüber Moskau (oder mit dem zu erwartenden Ausgang der Wahlen in diesen beiden nordischen Ländern) nicht zufrieden. Doch machten es die politischen Kulturen dort für russische und nichtrussische kremlfreundliche Akteure unmöglich, irgendeine bedeutsame politische Kraft für sich einzunehmen. Putins Russland gilt als „toxisch“ in diesen Ländern, und jede Verbindung zu Moskau ist abträglich.

Die Frage, ob Medieninstrumente für eine Einflussnahme zur Verfügung stehen oder nicht (z.B. nationale/nationalsprachige Versionen von RT oder Sputnik) scheint für eine Untersuchung russischer Einflussnahme nur eine sekundäre Rolle zu spielen. Medieninstrumente sind zwar nützlich, wenn russische Akteure versuchen, sich in Wahlprozesse einzumischen (Frankreich, Deutschland), Moskau versteht aber auch, dass diese Instrumente gegen die tiefverwurzelte Skepsis in Bezug auf die Innen- und Außenpolitik des Kreml machtlos sind (Norwegen, Schweden). Diese Skepsis, die in der nordischen politischen Kultur tief verwurzelt ist, macht es in Kombination mit dem Fehlen norwegisch- und schwedischsprachiger russischer Informations-Krieger sehr schwierig für Moskau, auf diese Länder Einfluss auszuüben, selbst wenn es das wollte.

Abschließend eine Mahnung zur Vorsicht: Die politische Situation in den europäischen Demokratien ist stets dynamisch. Was in den Jahren 2017 und 2018 noch zutraf, könnte sich in den nachfolgenden Jahren schon ganz anders darstellen.



Weitere Berichte und Analysen finden Sie unter “Documents“ auf [www.epde.org](http://www.epde.org)

Abonnieren Sie unseren monatlichen Newsletter unter [www.epde.org/en/newsletter.html](http://www.epde.org/en/newsletter.html)

Besuchen Sie uns in den sozialen Netzwerken!

 [facebook.com/epde.electionsmonitoring](https://facebook.com/epde.electionsmonitoring)

 [@epde\\_org](https://twitter.com/epde_org)

### **Die EPDE-Mitglieder sind:**

Belarusian Helsinki Committee BHC (Belarus)  
Committee of Voters of Ukraine CVU (Ukraine)  
Election Monitoring and Democracy Studies Center EMDS (Aserbaidshan)  
Europäischer Austausch (Deutschland)  
Helsinki Citizens' Assembly Vanadzor (Armenien)  
Human Rights Center Viasna (Belarus)  
International Elections Study Center IESC (Litauen)  
International Society for Free Elections and Democracy ISFED (Georgien)  
Norwegian Helsinki Committee NHC (Norwegen)  
Civil Network OPORA (Ukraine)  
Promo-Lex Association (Republik Moldau)  
Stefan Batory Foundation (Polen)  
Swedish International Liberal Centre SILC (Schweden)  
Transparency International Anticorruption Center (Armenien)





Die Europäische Plattform für demokratische Wahlen (European Platform for Democratic Elections, EPDE) will die fachliche Qualität von Netzwerken inländischer Wahlbeobachterorganisationen in Europa durch die Entwicklung und die Anwendung einheitlicher Standards sowie vergleichbarer Methoden der Wahlbeobachtung verbessern. Ziel der EPDE ist es, jenen Experten und Bürgern Motivation, Fortbildung und Schutz zu bieten, die sich für transparente Wahlen und gleiches Stimmrecht einsetzen, wo immer es in Europa gefährdet ist – sei es in den Staaten der Europäischen Union oder in den Staaten der europäischen Nachbarschaft. Die EPDE ist Unterzeichnerin der Erklärung zu den Grundsätzen internationaler Wahlbeobachtung und des Verhaltenskodex für internationale Wahlbeobachtung. Darüber hinaus ist sie Mitglied des Global Network of Domestic Election Monitors (GNDEM).

[www.epde.org](http://www.epde.org)